

 INTERNATIONALES

Heilige Kuh „Russland-Sanktionen“ – Europas selbstauferlegte Ohnmacht

Trotz historischer Strafmaßnahmen bleibt Russland standhaft. Europa zahlt den Preis. Sanktionen sind zu einem moralisch aufgeladen, politisch wirkungslosen Symbol geworden.



Nicolas Butylin

09.11.2025

🔄 10.11.2025, 12:12 Uhr



EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen: Seit Beginn des Ukrainekrieges verhängte die EU über ein Dutzend Sanktionspakete gegen Moskau.

Nicolas Economou/imago

Seit Jahrzehnten glaubt der Westen an die Macht der Sanktionen. Gegen Kuba, den [Iran](#), Nordkorea. Gebracht haben sie selten den erhofften demokratisch-liberalen Wandel. Auch Russland widersteht dem westlichen Sanktionsdruck mit mehr oder weniger beachtlichem Erfolg. Für verantwortliche Politiker in Berlin, Paris, Brüssel und London droht wieder einmal das gleiche Muster: ganz viel Symbolpolitik und Pathos, aber nur ganz wenig Wirkung.

Als die [Europäische Union](#) nach dem russischen Angriff auf die Ukraine vor mehr als drei Jahren beispiellose Sanktionen verhängte, war die Erwartung in den europäischen Elfenbeintürmen klar. Der ökonomische Druck sollte den Kreml in die Knie zwingen, Putins Machtbasis erschüttern und die Kriegsmaschine zum Stillstand bringen. Doch 44 Monate später ist von alldem wenig zu spüren. Putin führt den Krieg in Osteuropa unbeirrt fort, die russische Wirtschaft wächst sogar leicht. Und Europa? Hat aktuell keine geopolitische

Erfolgssträhne.

Russland hat sich an die Sanktionen angepasst

Sanktionen sind in den vergangenen Jahren das Lieblingsinstrument westlicher Moralpolitik gewesen. Sie sind eine Art „zivile“ Alternative zur militärischen Eskalation. Also eine Art Mittel, um Stärke zu zeigen, ohne Blut vergießen zu müssen. Doch der Glaube, der ökonomische Zwang könne politische Systeme von außen verändern, hat sich immer wieder als Illusion erwiesen. Die eben genannten Beispiele – Kuba, Iran oder Nordkorea – sollten das eigentlich schon verdeutlicht haben. Sanktionen von außen haben selten verbrecherische Regierungen gestürzt, aber dafür fast immer die Bevölkerungen schwer getroffen. Russland ist da keine Ausnahme.



Roshanak Amini/Berliner Zeitung

DAS DEBATTENPROJEKT

Dies ist ein Text zum Projekt „Wider die heiligen Kühe“ der Berliner Zeitung. Aus Anlass des 35. Jahrestages der deutschen Einheit und zum 36. Jahrestag des Mauerfalls prüft die Redaktion, was Deutschland ändern und welche Grundregeln das Land überdenken muss, um als geeinte Nation wieder erfolgreich und für die Zukunft gewappnet zu sein.

Der Kreml hat die westlichen Maßnahmen erstaunlich schnell absorbiert. Rohstoffexporte wurden nach Asien umgeleitet, bei den neuen Finanzkanälen zeigten sich die Golfstaaten offen, Produktionsketten mit den Zentralasiaten und den Partnern im Südkaukasus oder der Maghreb-Region wurden angepasst. China, Indien und die Türkei füllen Lücken, die Europa hinterlässt. Selbst Hightech-Importe und kriegsrelevante Technologien gelangen über Drittländer nach Russland. Was im Brüsseler Europaviertel als Maßnahme zur wirtschaftlichen Isolation gedacht war, hat die Russen dazu gezwungen, sich neu zu erfinden. Immer wieder erzählen Ottonormal-Moskauer, dass man nun sogar autarker aufgestellt sei.



T+ Trotz EU-Sanktionen: Warum importiert Deutschland tonnenweise russischen Stahl?

Trotz EU-Sanktionen gelangt weiter russischer Stahl auf den EU-Markt – auch nach Deutschland. Neue Zahlen zeigen, wie groß die Lücke in den Regeln ist.

Von Flynn Jacobs

Politik 04.11.2025



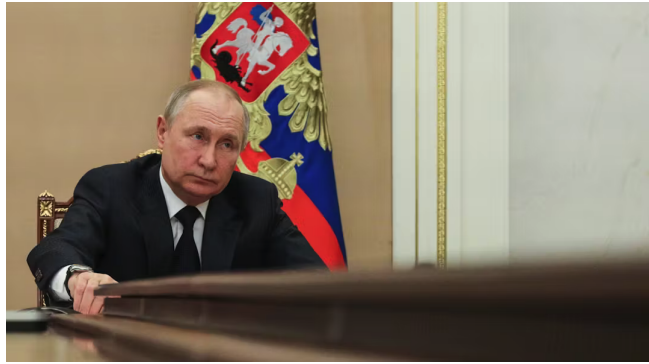
Schauen Sie nach Russland, fahren Sie nach Moskau, nach Sankt Petersburg, in den Nordkaukasus oder bis nach Sibirien. Die Menschen haben sich längst auf die Sanktionen eingestellt. In den Supermärkten sind neue Markengüter aus China und den Golfstaaten zu finden, Restaurants sind voll, auf den Straßen rollen Autos, die über Umwege aus dem Westen importiert wurden. Viele Russen lachen mittlerweile über den Versuch, sie mit Sanktionspaketen „in die Knie“ zu zwingen. In sozialen Medien kursieren unzählige Memes über Ursula von der Leyen, Kaja Kallas, Emmanuel Macron oder Friedrich Merz. Sinnbilder einer westlichen Politik, die aus russischer Sicht nur sich selbst schadet. Der Spott über Europa ist zu einer Art nationaler Selbstvergewisserung geworden.

Sanktionen als Bumerang für Europas Wirtschaft

Seit Beginn des Krieges hat die EU mehr als 19 umfassende Sanktionspakete gegen Russland verabschiedet. Sie umfassen Finanzsperren für hunderte Personen und Unternehmen, den Ausschluss russischer Banken aus dem SWIFT-System, Einfuhrverbote für Öl, Kohle und Gold, Exportstopps für Hightech-Güter und Dual-Use-Produkte, Reiseverbote für Regierungsmitglieder sowie Beschränkungen für Medien und Flugverkehr. Ziel der Europäer war es, die wirtschaftliche und technologische Basis Russlands zu schwächen. Doch die russische Kriegswirtschaft hat Wege gefunden, diese Sperren mit Parallelimporten, neuen Lieferketten und der schrittweisen Substitution westlicher Produkte zu umgehen.

Vor allem aber treffen die restriktiven Maßnahmen selten jene, die sie treffen sollen. Oligarchen und Spitzenpolitiker verfügen über Netzwerke, Stiftungen und Strohmannen, die ihr Vermögen schützen. Die einfachen Bürger hingegen erleben steigende Preise, Warenknappheit und den Verlust von Perspektiven. Nicht wenige verlieren auch ihre Jobs dadurch. Selbst Systemtheoretiker, von denen es in den europäischen Hauptstädten schließlich einige gibt, erläutern immer wieder, dass in autoritären Systemen wirtschaftspolitischer Druck von außen nicht zum Aufbegehren führt, sondern oftmals gar zur nationalistischen Geschlossenheit. „Wer unter Druck steht, rückt enger zusammen“ ist nicht nur im Sport eine Binsenweisheit.





Russlands Präsident Wladimir Putin während einer Sitzung mit dem Sicherheitsrat
Mikhail Klimentyev/imago

Gleichzeitig spüren die Europäer den Bumerang der eigenen Politik. Energiepreise schossen kurz nach Sanktionsbeginn in die Höhe und befinden sich weiterhin auf einem latent überhöhten Niveau, europäische Kernindustrien kämpfen mit Standortnachteilen, Haushalte mit Rekordinflation. Der politische Wille, „hart zu bleiben“, wird so zunehmend zur sozialen Belastungsprobe.

Doch über die ökonomischen Effekte hinaus zeigt sich ein tiefergehendes Problem. Europa läuft Gefahr, sich selbst zu isolieren. Indem Brüssel wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Verbindungen zu Russland kappt, verliert die EU nicht nur Einfluss in der Region, sondern auch einen Teil ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit. Der einstige europäische Anspruch, als Vermittler zwischen Ost und West zu agieren, weicht einem Selbstbild moralischer Überlegenheit, das politisch immer weniger Wirkung entfaltet. Die Folge ist eine selbstauferlegte Ohnmacht. Europa ist so zu einem Kontinent verkommen, der nur den Status quo verwalten und nicht die neue Weltordnung mitgestalten will.



Nach US-Sanktionen: Russlands Ölexporte nach China brechen um 45 Prozent ein

Nach US-Sanktionen brechen Russlands Ölexporte in China und der Türkei laut neuen Berichten massiv ein. Gleichzeitig trickst China Sanktionen beim LNG aus.

Von Liudmila Kotlyarova

Ukraine 03.11.2025



Ein Blick in die Türkei zeigt zudem, dass Sanktionen auch klare Gewinner hervorbringen. Während europäische Unternehmen sich aus Russland zurückzogen, füllten türkische oder chinesische Firmen die entstandenen Lücken. Die Exporte nach Russland erreichten Rekordwerte, Istanbul wurde zu einem der wichtigsten Handels- und Finanzdrehscheiben zwischen Russland und der westlichen Welt. Die Fluggesellschaft Turkish Airlines expandierte massiv und profitierte von den gestrichenen Flugverbindungen europäischer Airlines. Der Istanbuler Flughafen – ohnehin einer der größten Europas – wurde zum

Transitknoten und zum größten Profiteur der westlichen Flugsanktionen gegenüber Russland.

Selbst in Europa herrscht Skepsis, was die Sanktionspolitik angeht. Es wird erwartet, dass sich neben Ungarn und der Slowakei auch Tschechien unter der neuen Regierung sanktionskritischer zeigen wird. Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó etwa bezeichnete die EU-Sanktionspolitik als „totales Desaster“ und forderte eine ehrliche Bilanz: „Die Sanktionspolitik ist gescheitert. Die Frage ist nun: Was ist mit den Politikern, die sie befürwortet haben?“ In Deutschland äußerte sich Sevim Dagdelen vom BSW ähnlich kritisch. „Man kann sich nichts Dümmeres vorstellen als Sanktionen. Sie schaden vor allem Deutschland selbst.“

Sanktionen lösen keine Konflikte, sondern verfestige sie nur

Das heißt nicht, dass der Westen in Zeiten tektonischer Verschiebungen in der Weltpolitik tatenlos bleiben soll. Aber Sanktionen sind beileibe kein Ersatz für kluge außenpolitische Strategien. Wenn sie ihre Wirkung entfalten sollen, müssen sie gezielt, realistisch und dynamisch angelegt sein. Statt ganze Volkswirtschaften lahmzulegen, braucht es differenzierte Maßnahmen gegen konkrete Machtstrukturen. Vor allem aber braucht es eine ehrliche Bilanz und den Mut, Fehlentscheidungen zu korrigieren.

Genau darauf wies auch Katharina Bluhm vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin hin. Schon im Jahr 2021 plädierte sie für eine langfristige europäische Strategie im Umgang mit Russland. Russland bleibe, so Bluhm, „ein geografischer Nachbar“. Weder ökonomisch noch geostrategisch liege ein neuer Eiserner Vorhang im europäischen Interesse. Er löse keinen der bestehenden Konflikte, sondern verfestige sie nur. Europa müsse sich von der Vorstellung lösen, mit Sanktionen einen Regimewechsel bewirken zu können. Regime, so Bluhm, stürzen nicht durch Sanktionen, sondern durch innere Dynamiken, durch gesellschaftliche Erosion.



+ Im Russland-Ukraine-Konflikt liegt der falsch diagnostizierte Patient im Sterben

Politik 03.11.2025



+ **OS** Die Reisebeschränkungen nach Russland – wie ein Déjà-vu aus DDR-Zeiten

Open Source 31.10.2025



Der moralische Impuls der EU, Russlands Überfall auf die ukrainische Bevölkerung zu bestrafen, mag nicht völlig falsch gewesen sein. Doch nur weil man denkt, man stehe auf der moralisch „richtigen“ Seite der Geschichte, bedeutet das nicht, dass jedwede Maßnahme politisch wirksam ist. Sanktionen sind kein Allheilmittel, sondern nur ein Werkzeug. Eines, das zuletzt stumpf geworden ist.

Wer wirklich Frieden in Europa will, muss mehr tun, als Sanktionslisten ins Unendliche zu verlängern. Man muss verstehen, dass Europa und Russland, ob man will oder nicht, einen Kontinent teilen. Und dass nachhaltige Sicherheitspolitik nicht durch Abschottung, sondern durch strategische, interessenorientierte Außenpolitik entsteht.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.